

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

1.7.1929 (No. 149)

Expedition:
Karl-Friedrich-
straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
E. Amenb.
Karlruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Abbestellungen tarifierter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und vorzuziehen ist, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlruhe. — Im Falle von Höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes

(mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Südwestdeutschland)
Die Aufnahmefähigkeit für Arbeitskräfte hat in allen Gewerbe- und Industriezweigen in Württemberg erheblich nachgelassen, im badischen Teil des Landesarbeitsamtsbezirks dagegen hat sich die Entlastung des Arbeitsmarktes noch auf der Höhe der Vorwoche gehalten.
Der Stand der Hauptunterstützungsempfänger am 26. Juni war folgender:
In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 34 985 Personen (23 872 Männer, 11 113 Frauen), in der Krisenunterstützung 9771 Personen (7494 Männer, 2277 Frauen).
Die Gesamtzahl der Unterstützten fiel um 1389 oder 3,3 v. H. von 46 145 Personen (32 302 Männer, 13 843 Frauen) auf 44 756 Personen (31 366 Männer, 13 390 Frauen).
Dabei kamen auf Württemberg 11 146 gegen 11 503 und auf Baden 33 610 gegen 34 642.
Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 26. Juni 1929 auf 1000 Einwohner 8,8 Hauptunterstützungsempfänger gegen 11,6 am 15. Mai, 16,0 am 17. April und 31,9 am 6. März.

Der Bedarf des Baugewerbes scheint an den meisten Plätzen gebettet zu sein; eine wesentliche Belebung der Vermittlungstätigkeit wurde vielfach für Zimmerleute beobachtet. Sehr reger war die Nachfrage nach Hilfsarbeitern für Tiefbau; Weg- und Kanalbauten, Straßeninstandsetzungsarbeiten, Kabelverlegungen und die Arbeiten für die Gasfernverföhrung boten hier für jüngere vollarbeitsfähige Kräfte zahlreiche Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Unterbringung älterer Leute dagegen ist sehr schwierig geblieben. Die Zahl der bei den Maßnahmen der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge untergebrachten Notstandsarbeiter hat sich von 4251 auf 4016 Mann weiter vermindert. In der Industrie der Steine und Erden ist der steigende Beschäftigungsgrad und Kräftebedarf der nordbadischen Plastersteinindustrie hervorzuheben. Hier wurden von Granitsteinfirmen zahlreiche Plastersteinmacher und Steinhauer eingestellt. Steinbrecher und Steinhauer der Muschelkalkindustrie dagegen wurden wieder in größerer Zahl arbeitslos. Auch die Sandsteinindustrie scheint nicht voll beschäftigt zu sein, während die Ziegeleien einen befriedigenden Beschäftigungsstand, allerdings ohne weitere Aufnahmefähigkeit, aufzuweisen haben. Im Verkehrsgewerbe waren Fabrikarbeiter nicht gefragt, Schiffer dagegen konnten untergebracht werden. Der Bedarf von Reichsbahn- und Post war unbedeutend. Nach gut qualifizierten Kraftfahrern, die gelernter Mechaniker oder Automonteurs sind, war eine ziemlich rege Nachfrage zu verzeichnen. Der Bedarf der Landwirtschaft an Hilfskräften zur Heuernte hat nachgelassen, während die Dienstbotennot bestehen blieb. Im Hotel- und Gastwirtschaftsgewerbe bestand immer noch rege Nachfrage nach jungem tüchtigem Personal aller Art; für ältere Hotelangestellte war das Stellenangebot recht gering.

In der metallverarbeitenden und Maschinenindustrie hat die Aufnahmefähigkeit des Landmaschinen- und Waggonbaues weiter angehalten. Auch die Edelmetallindustrie Forzheims hat eine weitere Besserung erfahren, im Gmünder Bezirk dagegen ist auf dem Arbeitsmarkt für die Arbeiter der Edelmetallindustrie noch keine Belebung zu verzeichnen. In der Fahrzeugindustrie machen sich bereits Anzeichen eines Nachlassens des Beschäftigungsgrades bemerkbar. So entließ eine Rotorradfabrik 30 Arbeiter und in einem anderen großen Betrieb der Automobilbranche sollen in den nächsten Wochen auch größere Entlassungen bevorstehen. Die Vermittlungstätigkeit für die von der Bauwirtschaft abhängigen handwerksmäßigen Berufe des Metallgewerbes hat nachgelassen. Die Lage der Textilindustrie ist gegen die Vorwoche unverändert. Entlassungen wurden nur in der Persifiderei und -färberei vorgenommen. In der Papier- und Zellstoffherstellung ist eine weitere Abschwächung des Beschäftigungsgrades zu verzeichnen. In der Lederindustrie war in der Gerberei eine leichte Aufnahmefähigkeit zu beobachten. In der Holzindustrie ist die ungünstige Lage der Klavierindustrie hervorzuheben. Unter den Holzarbeitern waren Fensterahmenmacher am meisten gefragt. Das Nahrungsmittelgewerbe zeigte infolge des anhaltenden Kräftebedarfs der Konservenindustrie und der weiteren Belebung der badischen Tabakindustrie eine wesentliche Entlastung der Arbeitsmarktlage. Im Bekleidungsgebiete hat sich die saisonmäßige Abschwächung des Beschäftigungsgrades für Schneiderei und Konfektion leicht fortgesetzt. Die Schuhindustrie ist nur teilweise befriedigend beschäftigt. Im südlichen Teil Württembergs wurde wiederum die Schließung einer Schuhfabrik mit über 100 Arbeitskräften angekündigt.

Die neuen Bestimmungen über Krisenunterstützung. Wie bereits angekündigt, hat der Reichsarbeitsminister nunmehr durch Erlass vom 29. Juni 1929 die Krisenunterstützung neu geregelt. In Anlehnung an die Regelung, die vor dem Februarerlaß galt, zählt der neue Erlass wieder die Berufe einzeln auf, deren Angehörige grundsätzlich oder durch Befreiungen der Landesarbeitsämter Krisenunterstützung erhalten können. Im großen und ganzen ist bezüglich der zugelassenen Berufe keine Änderung eingetreten. Die Unterstühtungs höchstzulässige Dauer beträgt aber wie vor der Winterregelung wieder 39 Wochen, für Arbeitslose über 40 Jahre 52 Wochen. Arbeitslose unter 21 Jahren sind bis auf weiteres grundsätzlich von der Krisenunterstützung ausgeschlossen.

Letzte Nachrichten

Der Bund der Deutschen in Böhmen tagt

W.D. Brüg, 1. Juli (Tel.) Der Bund der Deutschen in Böhmen hielt gestern bei prächtigem Sommerwetter in Brügg seine 35. Hauptversammlung ab, der ein Begrüßungsabend vorausgegangen war. Aus allen Gauen Böhmens, Mährens und Schlesiens, aus dem Deutschen Reich und aus Österreich waren Teilnehmer zusammengeströmt, um der Zusammengehörigkeit aller Deutschen, seien sie auch durch Grenzen getrennt, Ausdruck zu geben. Den Höhepunkt des großen Bundesfestes bildete ein Festzug, der sich nachmittags durch die Straßen der Stadt bewegte. Er gab in geradezu wunderbarer Geschlossenheit ein Bild des deutschen Volkes in Sage, Geschichte und Kunst. An beiden Festabenden waren die Stadt und ihr Wahrzeichen, die Landeswarte am Prüger Schloßberg, festlich beleuchtet.

Keine englischen Sommermander im Rheinland Wie wird sich die Zurückziehung gestalten?

W.D. London, 1. Juli (Tel.) Den diplomatischen Korrespondenten der „Daily Mail“ zufolge werden die üblichen Sommermander der britischen Besatzungstruppen im Rheinland in diesem Jahr nicht abgehalten werden. Man hatte immer erwartet, daß die Räumung des Rheinlandes durch die britische Besatzungsarmee sich über eine Reihe von Wochen, wenn nicht Monate ausdehnen würde. Ende voriger Woche soll das Hauptquartier in Wiesbaden Anweisungen erhalten haben, die einen solchen Plan radikal abändern. Seit der Befehlsgebung vor mehr als 10 Jahren waren der wichtigste Teil der Ausbildung die Sommermander. Das Aufgeben dieser Sommermander in diesem Jahr deutet darauf hin, daß die Truppen entweder in kürzester Frist oder wenigstens en bloc zurückgezogen werden sollen.

Der Sonderberichterstatter der „Daily Mail“ in Wiesbaden meldet: Das britische Kommando wünscht eine schrittweise Zurückziehung der Truppen, denn die Übergabe des besetzten Gebietes fällt eine ungeheure Menge Arbeit ein. In Wiesbaden allein sei notwendig, in mehr als 1000 von Engländern belegten Gebäuden das Inventar aufzunehmen, und Schadensersatzansprüche zu erledigen.

Die Verhandlungen über die Seeabrüstungsfrage Amerika sehr befriedigt

W.D. London, 1. Juli (Tel.) Nach einer Neuermeldung aus Washington sind die amerikanischen amtlichen Stellen, die sich unmittelbar mit der Förderung der Frage der Seeabrüstung befassen, einschließlich des Präsidenten Hoover sehr befriedigt über den Fortschritt der informellen Besprechungen in London. Die Tatsache, daß die Regierung zur Vorsicht bei Behandlung der Frage geraten habe, sei mißverständlich so aufgefaßt worden, als ob nach Ansicht der Regierung General Dawes allzu schnell vorgehe. Eine derartige Meinung hätten aber die amtlichen Stellen nicht. Der Vertreter des neutraleuropäischen Büros sei vielmehr dahin verständigt worden, daß General Dawes behutsam vorgehe und keinen wichtigen Schritt unternehme, der nicht die volle Bindung des Präsidenten Hoover und des Staatssekretärs Stimson habe. Der in London inoffiziell vorgebrachte Gedanke, daß die britische Regierung ihre Marineflotte im Karibischen Meer entmilitarisieren sollte, habe großes Interesse erregt, aber keine Äußerung von veramtlicher Seite hervorgerufen. Die Bedeutung dieser Anregung werde aber nicht unbeachtet gelassen, und eine derartige Geste würde nach Ansicht ausländischer diplomatischer Kreise in Washington wahrscheinlich eine entscheidende Förderung der Friedenspolitik des Präsidenten Hoover bedeuten, deren erster Schritt die weitere Einschränkung der Seerüstungen gelten soll.

Unfälle bei Wiedereröffnung der mexikanischen Kirchen

W.D. Mexiko, 1. Juli. (Tel.) Zum ersten Male seit etwa drei Jahren wurden gestern in 30 Kirchen des Bundesbezirks die Messe gelesen. Dabei ereigneten sich unvorstellbare Zwischenfälle, nur an dem Schrein der Heiligen Mutter Gottes von Guadalupe drängte sich die Menge derart, daß 50 Personen im Gedränge fast erstickten und durch das rote Kreuz in Behandlung genommen werden mußten. Zwei Frauen erlitten ernste Verletzungen, eine Reihe anderer Personen wurde leicht verletzt.

Die Breslauer Universität protestiert

Rektor und Senat der Universität Breslau haben folgendes Protestschreiben an den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gefandt: „Rektor und Senat der Schlesischen Friedrich-Wilhelm-Universität haben von dem an die Behörden gerichteten Verbot der Reichs- und preußischen Staatsregierung Kenntnis genommen. Sie haben daraufhin die wohlüberlegte Versammlung des Lehrkörpers und der Studenten v. 28. Juni abgefaßt; denn der Sinn dieses Tages vertritt keinerlei Gegensatz zwischen Staat und Volk. Sie sind aber der Meinung, daß ihnen das Recht zu einer solchen Versammlung zustand und zuzustehen, aber auch die Pflicht. Es liegt im tiefsten Interesse des Staates, daß die Universität nicht auf Befehl ihre Stimme erheben oder schweigen, weil dadurch das Gewicht ihres Urteils und die Kraft ihrer Erziehungsarbeit aufgehoben werden.“

Reichsminister Müller hat sich am Montag zu einer längeren Kur seines Leber- und Gallenleidens wegen nach Bad Reichenheim begeben.

Die Lage in Rußland

Liquidierung der proletarischen Revolution

Unter dieser Überschrift gibt der Verfasser, A. E. Johann, der jüngst aus Rußland über Japan zurückkehrte, in der „Voss. Ztg.“ eine Zusammenfassung seiner Eindrücke im Sowjetstaat. Es gelingt trotz aller Maßnahmen der Herrschenden nicht, die Opposition von links und rechts totzutreten. Sie wächst; und die unvernünftigen harten Gewaltmaßnahmen bewirken nur, daß die Köpfe, die um Stalin sich vereinigten, einer nach dem anderen verschwinden; es wird einsam um den Diktator Stalin. Die Einigkeit in der Partei würde von selbst wieder zustande kommen, wenn Angriffe von außen oder von innen auf ihre alleinige Vorherrschaft unternommen würden. Diese Angriffe drohen weniger vom Ausland als von den unflug und widerspruchsvoll behandelten breiten Bauernmassen im Innern.

Ursprünglich stützte sich die Herrschaft der Sowjets über das Dorf allein auf das Kleinbauerntum. Da die Kleinbauern zumeist nur infolge größerer Dummheit, Faulheit und Trunkenheit zum Dorproletariat geworden waren, außerdem die wirtschaftliche Kraft des Dorfes im Mittel- und Großbauerntum lag, erzwangen die wirtschaftlichen Umstände sehr bald eine Erweiterung des Begriffs „Proletariat“ auch auf das Mittelbauerntum. Die Großbauern, die sogenannten Kulaken, blieben bis auf den heutigen Tag reine Ausbeutungsobjekte, entzückte Steuerquellen. Da das Großbauerntum stark zurückging, wird aber der für den Export und die Stadtbeförderung notwendige Getreideüberschuß nicht mehr erzielt. Vorteile bei dieser Politik hatte also niemand.

In Städten, die in unmittelbarer Nähe oder direkt im früheren Vorkriegs- und Weizengebiet liegen, von welchem aus vor dem Kriege ganz Westeuropa mit Weizen und tierischem Fett versorgt wurde, muß die Lebensmittelversorgung schon seit Monaten rationiert werden, nicht etwa, weil die Bauern nichts hätten, sondern weil sie zu den vom Staat diktierten Preisen weder liefern wollen noch können. Nichts wirkt für den Reisenden widerspruchsvoller, als wenn er in einer größeren Stadt an der sibirischen Bahn die notwendigsten Lebensmittel nur unter Schwierigkeiten beschaffen kann, während nur eine Stunde Bahnfahrt weiter er von den Bauernfrauen auf irgendeiner dörflichen Station jede beliebige Menge von Brot, Eiern, Milch, Fleisch und Butter einkaufen kann.

Die Folgen dieser unflugen Behandlung des Dorfes reichen weiter in die Sphäre der Industriearbeiter, also in diejenige Schicht, auf die sich die Machtstellung des neuen Regimes vor allem gründet. Die Löhne der russischen Arbeiterkraft sind, vor allem unter Berücksichtigung der, gemessen am Goldwert, geringen Kaufkraft des Rubels, niedriger als die gewöhnlich großartigen der deutschen Arbeiterkraft. Der russische Arbeiter lebt schlechter, da er jede Fertigware, jeden Anzug, jedes Paar Stiefel teuer und trotzdem in schlechterer Qualität erhalten muß als der westeuropäische Arbeiter, und da er bei der ungeheuren Ausdehnung des russischen Reiches bei Arbeitslosigkeit nicht von einem Arbeitsplatz zum andern wechseln kann, weil der nächste vielleicht 1000 Kilometer entfernt ist.

Die gleichen Verhältnisse hätten in der viel beweglicheren und intelligenteren Arbeiterkraft des europäischen Westens wahrscheinlich längst zu einer Revolution geführt. In Rußland jedoch ist die Indolenz und die gedankliche Trägheit jedes einzelnen wohl die sicherste Gewähr für den Fortbestand jeder einmal existierenden Macht. Seit Jahrhunderten daran gewöhnt, gequält, mißhandelt, ausgebeutet zu werden, blickt die Masse des russischen Bauernvolkes und auch ein sehr beträchtlicher Teil der Industriearbeiterkraft keinen Nährboden für revolutionäre Ideen.

Bedeutend besser noch als jemals der Zar, haben es die kommunistischen Machthaber verstanden, die gesamten Machtmittel in ihrer Hand zu vereinigen. Nur derjenige hat Waffen und Munition, der ein unbedingt zuverlässiger Vertreter des herrschenden Regimes ist. Die eine Million erwachsenen Parteimitglieder, diese dünne Schicht, die auf der stumpfen, amorphen Masse des russischen Volkes schwimmt, hat alle maßgebenden Stellungen inne, welcher Art sie auch immer sein mögen, in der Politik, im Heer, in der Verwaltung, in den Gewerkschaften, in den industriellen Betrieben und Banken. An die Stelle der alten Aristokratie ist die neue Aristokratie der Parteimitglieder getreten. Rußland wird von einer Oligarchie regiert, die sich ihrer Macht äußerst bewußt ist und kein anderes Ziel kennt, als diese Macht, die ihr in jeder Beziehung die Überlegenheit über 140 Millionen Menschen garantiert, eifern festzuhalten.

Der Kommunismus, ist an der Wirklichkeit hängt zerbrechen; an seine Stelle ist ein Staatskapitalismus getreten, der sich in seinen Methoden und Äußerungen in nichts vom Privatkapitalismus unterscheidet, zu dessen vielen Nachteilen er noch den einer ungeheuerlichen Verbeamtung und Bürokratisierung hinzufügt, der jede schnelle und klare Entscheidung, jeden einheitlichen, zielbewußten Plan von vornherein trübt und verzögert.

Gerade der Marxismus, der zwangsläufig zur Industrialisierung führt, ist für dieses Land denkbar ungeeignet; denn wohl kein europäischer Volkstamm hat so geringe Begabung für Maschine und straffe Organisation wie der russische. Aus der Partei wurde eine bezugslose Aristokratie, das viertelproletariat dümmert sowohl auf dem Lande wie in den Fabriken in aller Dürftigkeit weiter.

Die Liquidierung der proletarischen Revolution tritt damit in ihr Endstadium.

Die Moskauer Zentrale weiß sehr wohl, daß einer der Hauptgründe der Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hat, in der ungenügenden und minderwertigen Fabrikation von Fertigwaren liegt. Ihr Plan, sich so schnell wie möglich vom Ausland unabhängig zu machen, indem vor allem die Voraussetzungen zur Fertigproduktion geschaffen werden, ist natürlich an sich richtig, zweifelhaft ist nur, ob man nicht viel zu früh angefangen hat, die Einfuhr von ausländischen Fertigwaren zu unterbinden.

Der größte Teil des europäischen Rußlands, vor allem aber ganz Sibirien, befindet sich noch heute in derselben Situation, in welcher sich Kanada vor etwa 30 Jahren befand. Hier wie dort unendliche fruchtbare Landgebiete, die jedoch völlig tot und nutzlos bleiben, weil ihnen die Verkehrskanäle fehlen, durch welche ihr natürlicher Reichtum abzapfen wäre. Kanada verdankt die einzigartige Entwicklung, die es in drei Jahrzehnten aus leerer Wildnis in ein fruchtbares Paradies verwandelte, einzig und allein der weitläufigen Schaulenden und großzügigen Politik seiner Eisenbahngesellschaften. Das Klima, die Fruchtbarkeit des Bodens, der Umfang des entwicklungsfähigen Raumes ist in Rußland und Sibirien nicht geringer als in Kanada. Hinter der kanadischen Entwicklung stand aber die unerschöpfliche Finanzkraft der britischen und der amerikanischen Geldmagnaten, Rußland indessen will es immer noch nicht ganz gelingen, das fehlende Vertrauen der großen Geldgeber wiederzugewinnen.

Vorausgesetzt, daß die Überspannung des politischen Dogmas und des Kampfes um die Macht die rote Herrschaft nicht vorzeitig explodieren läßt, in einem neuen Chaos alles, was bisher erreicht wurde, versinkt, wird vermutlich sich die herrschende Schicht zu immer größerer Rücksichtslosigkeit gegenüber den Forderungen der Wirklichkeit verstehen müssen.

Rußland und Sibirien wird zu dem großen Wirtschaftsfaktor werden, den es nach seinen natürlichen Reichtümern bilden kann, wenn es genau wie in Kanada sich mit einem dichten Verkehrsnetz überzieht. In Kanada machte man das so, daß man den Bahnbaugesellschaften riesige Streifen Landes längs der von ihnen gelegten Linien zur Verpachtung und Entwicklung zur Verfügung stellte. Es ist nicht einzusehen, warum nicht europäisches oder amerikanisches Kapital durch solche Landzuweisungen an noch nicht gelegten Bahnstrecken zu gewinnen wäre, genau wie in Kanada. Eines allerdings fehlte in Rußland, was in Kanada die Entwicklung erst ermöglichte: ein tatkräftiger und hellköpfiger Schlag von Pionieren, die dem durch die Bahnbauten großzügig geöffneten Lande Leben einhauchen könnten. Aus der Forderung nach bedeutender Erweiterung der Konzessionen also, vor allem Bahnbaukonzessionen, ergibt sich die weitere, die Grenzen für Einwanderer aus dem überfüllten Westeuropa weiterrücken zu lassen. In diesen Einwanderern könnte sich der noch im Mittelalter befangene Bauer schulen, denn nach den amerikanischen und kanadischen Erfahrungen bestimmt immer der höchstbefähigte Einwanderer letztlich das Gesamtbild. Zu diesen Hauptforderungen tritt als weniger wichtige, die Einfuhr von Fertigwaren zuzulassen, so lange die innerussische Produktion noch nicht ausreicht.

### Der Einheitsverband der Eisenbahner und der Youngplan

Der Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands beschäftigte sich in einer Sitzung mit dem Youngplan und fasste seine Stellungnahme u. a. dahin zusammen: In der Beurteilung der sich aus der Neuregelung ergebenden bzw. erhofften günstigeren Einwirkung auf die künftige Gestaltung des deutschen Wirtschaftslebens nimmt der Vorstand eine abwartende Stellung ein. Anstrengung ist hingegen, daß die Befriedigung Europas eine weitere Förderung erfahren kann. Der Fortfall der Schuldüberreibungen und der ausländischen Kontrolle der Reichsbahn ist als Fortschritt zu werten. Hingegen bleiben andere wichtige Bestimmungen des Youngplans hinter den Erwartungen zurück und entsprechen keineswegs den Forderungen, die das organisierte Eisenbahnerpersonal in Übereinstimmung mit den nationalen und internationalen Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer in dringlicher Form erhoben hat. Der Vorstand gibt schließlich der Erwartung Ausdruck, daß durch eine entsprechende Befestigung des Verwaltungsrats auch die Personalinteressen neben den allgemeinen wirtschafts- und staatspolitischen Interessen Berücksichtigung finden.

### Die Verhandlungen über die Liquidierung der Markbeträge

Die Brüsseler „Nation Belge“ meldet, daß die Vertreter Deutschlands und Belgiens ausführliche Besprechungen in der Frage der Zurückstattung der in Belgien verbliebenen Markbeträge gehabt hätten. Ministerialdirektor Dr. Ritter habe sich wieder nach Berlin begeben. Der belgische Vertreter werde in der nächsten Woche zum zweiten Male nach Berlin kommen, und man hege in antilichen Kreisen die Hoffnung, daß dies die letzte Reise sein werde, und daß damit der erste Abschnitt der Verhandlungen zu Ende sein werde. Die ergiebige Lösung soll am Freitag oder Samstag der deutschen und der belgischen Regierung unterbreitet werden.

## Reichsminister Dietrich über schwebende Fragen der Reichspolitik

Auf dem demokratischen Parteitag in Tübingen sprach in öffentlicher Versammlung der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dietrich, über schwebende Fragen der Reichspolitik. Wenn jetzt, so führte er u. a. aus, die Generalabrechnung des Krieges und die endgültige Vereinigung der noch schwebenden, aus dem Kriege herrührenden großen Streitfragen erfolge, so müsse unsere Wirtschaft so eingestellt werden, daß sie der neuen Lage entspreche, dazu gehöre Drosselung der Einfuhr. Das letztere könne nur bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen Platz greifen. Daraus ergäben sich gewisse Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft. Von ihrer Entwicklung hänge auch weitgehend das Problem der Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit ab. Das Dokument der Reichsregierung, daß sie eine Allerschuld des deutschen Volkes am Kriege nicht anerkenne, sei wirksamer, als tumultuöse Veranstaltungen. Bei der Sanierung der Landwirtschaft dürfe nicht vergessen werden, daß die Konsumenten in ihren berechtigten Interessen zu schützen. Deshalb seien neben die Zollmaßnahmen organisatorische Maßnahmen zu setzen.

Nachdem der Minister gründliche Reformen in der Arbeitslosenversicherungsfrage als unumgänglich notwendig bezeichnet hatte, kam er auf die Pariser Verhandlungen zu sprechen. Die 500 Millionen, die künftig weniger abzuführen sind, dürften nicht zur Stopfung der Lächer in der Reichskasse, sondern müßten zur Steuererleichterung verwendet werden. Ebenso wichtig sei bei dem Pariser Ergebnis das Freiwerden aus Bindungen aus dem Versailler Vertrag (Verpachtung der Steuern, Schuldlast auf der Industrie, Eisenbahnverpflichtungen). Mit Recht erbehe die Eisenbahner die Ansprüche auf Wiederherstellung ihrer früheren rechtlichen Stellung. Auf alle diese Dinge sollten gerade die Kreise, die sich gern als besonders national hinstellen, mehr achten, und diese Kreise sollten nicht stiefmütterlich überlassen werden, da doch die Siegerstaaten gleichfalls unerhörte Kriegsschulden an die Amerikaner bezahlten und unter sich ausgleichen müßten.

Am Schluß seiner Rede betonte der Minister: Wenn die bevorstehenden politischen Verhandlungen gut zu Ende kommen, dann wird ein Großteil Freiheit für Deutschland zurückgewonnen sein, denn dann bleibt neben den finanziellen Verpflichtungen fast nur noch die Beschränkung der Wehrmacht. Wir rechnen bestimmt auf einen Erfolg in der Räumungsangelegenheit. Mehr als alle finanziellen Lasten wiegt die Freiheit und Unabhängigkeit eines Volkes. Wird dieses Ziel erreicht, dann gehört dem deutschen Volk die Zukunft.

### Räumung der Koblenzer Zone am 1. September?

Die „Koblenzer Zeitung“ meldet aus Koblenz: Die Räumungsvorbereitungen der Besatzungsbehörden in Koblenz und Ehrenbreitstein scheinen sich sicherem Vorwärtsschritt nach doch von größerem Umfange zu sein, als es anfangs den Anschein hatte. Der oberkommandierende General der Besatzungsstruppen im Rheinlande hat seine gesamten Maßnahmen auf eine Räumung der Koblenzer Zone zum 1. September gerichtet. Wie wir hören, sollen bereits in den nächsten 14 Tagen zwei Regimenter in die Heimat abtransportiert werden. Es handelt sich um die beiden französischen Hauptregimenter, die in Koblenz stehen, und zwar um ein Infanterieregiment und ein Artillerieregiment. Für die frühzeitige Räumung der Koblenzer Zone scheint weniger der Stand der Verhandlungen über die Ratifizierung des Youngplans, als vielmehr die Tatsache, daß die Koblenzer Zone nach dem Versailler Vertrag sowieso am 10. Januar 1930 geräumt werden müßte. Bei den nun in Fluß kommenden Räumungsverhandlungen soll auf französischer Seite die rein praktische Erwägung eine Rolle spielen, daß eine Räumung der zweiten Zone bis zum 1. September die hier abrückenden Besatzungsangehörigen nicht den gleichen, durch die Winterkälte bedingten Unannehmlichkeiten aussetzt, wie das damals bei der Umkehrung der Besatzungsstruppen der ersten Zone nach Frankreich der Fall gewesen ist.

### Mehr Einigkeit in der Luftfahrt

Auf dem Deutschen Luftfahrttag in Essen sprach Reichsverkehrsminister Dr. Stegerwald. Er sagte u. a.: Der Verband ist einmal der praktische Träger des Flugports, und zum andern wirkt er als Mahner und Kritiker auf dem vielgestaltigen Gebiete der Luftfahrt. Was die materielle Förderung des Flugports durch mein Ministerium anbelangt, so sind mir die Hände leider gebunden. Während alle anderen großen Länder außerordentliche Mittel in die Förderung des Flugports hineinstecken, ist mir eine solche Unterstützung unterlag. Ich bin der Ansicht, daß eine so einseitige und ungerechte Behandlung eines Großstaates und noch dazu des einzigen, der vollkommen ausgerüstet ist, nicht aufrechterhalten bleiben kann.

In einer so schwierigen Lage, wie sie heute für die deutsche Luftfahrt besteht, sollte mehr Einigkeit herrschen. Der Augenblick steht ohne Verständnis vor jedem lauten und unfruchtbaren Streit, der seit neuer Zeit in Zeitungen, Versammlungen und Denkschriften zum Austrag gebracht wird. Persönliche und geschäftliche Interessen dürfen nicht das große, gemeinsame Ziel verdrängen. Alle, die auf dem Gebiete der Luftfahrt zu arbeiten die Ehre haben, vom Reichsverkehrsministerium bis zum Flugzeugmonteur, sollten sich als eine Schicksalsgemeinschaft fühlen, die ein großes Erbe zu verwalten und eine große Zukunft anzubahnen hat.

### Amerika will Frankreich nicht funden

Wie verlautet, soll die amerikanische Regierung den auf Anregung der französischen Kammer ausgesprochenen Wunsch nach einer Verkürzung des Terms der Zahlung für die Devisenrückstände ablehnend beantwortet haben. Der Vorsitzende des Finanzausschusses der Kammer, der Abg. Raton, erklärte, daß er sich bemühen werde, eine Erörterung der amerikanischen Antwort auf die französische Demarche zu vermeiden, da er eine solche Erörterung unter den gegenwärtigen Umständen für unzuverlässig halte. Der Finanzausschuß sei ebenso wie der Auswärtige Ausschuß, entschlossen, so rasch wie möglich in voller Unabhängigkeit seinen Bericht auszuarbeiten, um es der Kammer zu erleichtern, möglichst am 9. Juli über die Ratifizierung der Abkommen von Washington und London zu entscheiden.

Veränderung im Reichsinnenministerium. Nach der Erledigung des Etats im Reichstag werden, wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, in allen Ämtern einige wesentliche Personalveränderungen eintreten. Im Reichsinnenministerium ist das Reichskommissariat für Überwachung der öffentlichen Ordnung aufgelöst. Der Reichskommissar selbst, Kuenger, und seine Beamten sind zur Disposition gestellt. Zum Leiter der politischen Abteilung ist mit dem Titel eines Ministerialdirigenten Ministerialrat Dr. Oenischel ernannt worden. Die Oberregierungsräte Scholz, Löwenthal und Seeger werden zu Ministerialräten, die Regierungsräte Erbe, Konrad und Richter zu Oberregierungsräten ernannt. Der sächsische Oberregierungsrat Schmidt-Rohr, der bisher im Reichsinnenministerium kommissarisch tätig war, ist endgültig in den Dienst des Reiches übernommen worden.

## Kurze Nachrichten

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten im Juni 1929. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Juni mit 158,4 gegenüber 158,5 im Vormonat nahezu unverändert geblieben. Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 = 100): für Ernährung 154,0, für Wohnung 126,0, für Heizung und Beleuchtung 148,9, für Bekleidung 172,4, für den „sonstigen Bedarf“ einschließlich Verkehr 191,8.

Die Stadt Berlin verliert ihren Flaggensproß. In dem Prozeß der Stadt Berlin gegen den Probst zu Berlin und die Kirchengemeinden von St. Nicolai und St. Marien hat die Zivilkammer des Landgerichts I nunmehr das Urteil gefällt. Der Antrag der Stadt Berlin, den Probst und die Kirchengemeinden zu verurteilen, die Fißung der Reichsfahne an den Tagen auf dem Probstgebäude zu dulden, an denen die städtischen Gebäude mit der Reichsfahne geschmückt werden und die Anbringung von Vorrichtungen zur Fißung der Reichsfahne zu gestatten, ist abgewiesen worden, ebenso der weiter gehende Antrag, daß die Stadt als Eigentümerin berechtigt sei, das Haus bei festlichen Gelegenheiten wie andere Gebäude der Stadt zu schmücken.

Einreiseverbot italienischer Feuerwehrleute nach der Schweiz. Die italienische Regierung hat dem Vernehmen nach den Mitgliedern der italienischen Feuerwehren, die sich zum internationalen Feuerwehrkongreß in Lugano angemeldet hatten, die Rasse vorenthalten. Es handelt sich um 27 Feuerwehrleute aus der Romagna, der Toscana, Piemont, der Lombardei und aus Südtirol. Der „Corriere del Ticino“ erklärt, die italienische Regierung wolle mit dieser Maßnahme Rückschlüsse zuvorkommen, denn die meisten Feuerwehrleute seien entweder in der faschistischen Partei oder in faschistischen Organisationen eingeschrieben.

Der Tunnel durch den englischen Kanal. Wie die „Daily News“ berichtet, wurde die mit der Prüfung des Projekts eines Tunnelbaues unter dem Armeikanal betraute Kommission eingeladen, ihren Bericht nunmehr einzubringen, damit die vorbereitenden Maßnahmen ergriffen werden können. Die Einwände von seiten militärischer und der Marineexperten können die Verwirklichung des angenommenen Planes nicht mehr verzögern. Mehrere Mitglieder der englischen Regierung sind Anhänger des Tunnelbaues.

## Parteitag der badischen Demokraten

Am 29. und 30. Juni hielt in Tübingen der Landesverband der Demokratischen Partei seinen diesjährigen Parteitag ab. Der Samstagvormittag war zunächst ausgefüllt mit Beratungen des Geschäftsführenden und des Landesauschusses. Außerordentlich begrüßt wurde es, daß Reichsernährungsminister Dietrich, dessen rechtzeitiges Erscheinen in den letzten Tagen noch in Frage gestellt war, doch zu der angelegten Stunde zum Parteitag erscheinen konnte. Beide Ausschüsse befaßten sich zunächst mit dem durch die neue Wahlkreisverteilung notwendig gewordenen Satzungsentwurf. Allgemein wurde der Auffassung Ausdruck verliehen, daß Reichsminister Dietrich den Verfall der Landespartei beibehalten möge. Neben den bisherigen beiden stellvertretenden Vorsitzenden, Fabritant Freudenberg (Weinheim) u. Stadtrat Frey (Karlsruhe), wurde als drittes Vorstandsmitglied Juristat Firscher (Karlsruhe) bestimmt, der zugleich mit dem Amt eines geschäftsführenden Vorsitzenden betraut wurde. Als weiterer bemerkenswerter Punkt ist zu bemerken, daß der demokratischen Jugend ein weitestgehendes Vertrauen in den Organen der Landespartei gesichert wurde.

In der erweiterten Landesausschusssitzung hielt Professor Schnitzler (Mannheim) einen Vortrag über „Grundriss der Beamtenpolitik“, der außerordentliches Interesse erregte, weil hier endlich einmal die Beamtenfragen vom staatspolitischen Standpunkt und nicht lediglich von der Gehaltsfrage aus erörtert wurden. Reichsminister Dietrich betonte die Notwendigkeit eines leistungsfähigen, unbefleckten, staatsstreuen Beamtenstandes.

In diesem Zusammenhang wurde von der Versammlung einstimmig eine Entschließung angenommen, in der u. a. gefaßt wird, daß die Bekleidung der Beamtenstellen Sache der Regierung und nicht Sache der Partei sei. Jeder verfassungstreue Beamte habe nach seiner besonderen Befähigung und dienstlichen Leistung Anspruch auf Berechtigung bei der Besetzung von Aufstiegs- und Beförderungstellen. Nach Parteizugehörigkeit dürfe hierbei nicht gefragt werden. Die politischen Beamtenstellen müßten besonders gekennzeichnet und einzeln festgelegt werden.

Unterrichtsminister Dr. Veers benutzte die Gelegenheit, die Entstehung seines bekannten Erlasses bezüglich der zehnjährigen Wiederkehr der Unterzeichnung des Versailler Vertrages darzulegen. Die von der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen eingebrachten Anfragen werden Gelegenheit geben, diese Dinge auch der breiten Öffentlichkeit in ihrem wahren Zusammenhang darzulegen.

Den Schluß der Nachmittagsagung bildete ein Referat des Fraktionsvorsitzenden Dr. Glöckner über die Landtagsarbeit des letzten Jahres. Um 1/2 Uhr abends hielt Reichsminister Dietrich eine Rede, über die wir bereits an anderer Stelle berichtet haben.

Sonntag vormittag eröffnete der stellvertretende Vorsitzende Freudenberg den Parteitag. Zunächst hielt der geschäftsführende Vorsitzende Oberforstrat Firscher ein Referat über den Aufbau und Ausbau der Parteiorganisation im Lande und über technische Methoden des Wahlkampfes. Darauf würdigte Vorsitzender Dietrich die Verdienste Dr. Glöckners für die demokratische Partei.

Abg. Hofmeier erörterte dann u. a. auch die durch den Abschluß des Preußenkontrats geschaffene Lage. Er hielt dieses Kontrakt für folgenschwerer als das bayerische. Es gehe hier für die Demokratische Partei Dinge, an die mit Kritik und Opportunität nicht herantreten werden dürfe, sondern die allein nach Grundfragen, Weg und Zielrichtung zu entscheiden sind.

In einer Entschließung sprach der Parteitag der Reichsregierung und der Reichsparteileitung für die entschlossene Kundgebung gegen die Kriegsschuldbilge seine volle Zustimmung aus.

Weiter billigte der Parteitag in einer Entschließung die Agrarpolitik des Reichsernährungsministers Dietrich. Zu Wirtschaftspragen wurden ebenfalls Entschließungen gefaßt; es kommt darin zum Ausdruck, daß die durch den Youngplan festzuwerenden 800 Millionen reiflos zur Ermöglichung der unentgeltlichen Steuerlasten in Reich, Ländern und Gemeinden verwendet werden; in der zweiten Entschließung wird eine Reform der Arbeitslosenversicherung gefordert, ohne die diese Versicherung nicht mehr aufrechterhalten werden könne.

Der Landtagsfraktion und dem Unterrichtsminister Dr. Veers wurde rückhaltloses Vertrauen ausgesprochen.

# Badischer Teil

## Minister Dr. Wirth in Karlsruhe

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth, weil heute in Karlsruhe und hält mit den badischen Ministern interne Besprechungen ab.

Reichsminister Dr. Wirth hatte im Verlauf des heutigen Tages mit dem Staatsministerium eine eingehende Aussprache über die das Land Baden berührenden Grenzlandfragen, die in der der Reichsregierung vorgelegten badischen Denkschrift bereits behandelt worden sind. Ausgehend von den besonderen Notständen des besetzten Gebietes wurden alle Gesichtspunkte erörtert, die bei dem von der Reichsregierung in Aussicht genommenen Westgrenzlandprogramm in Berücksichtigung finden können.

## Beschleunigter Bau der Maxauer Rheinbrücke?

Wie der Verkehrsverband der Südpfalz mitteilt, hat nach einer amtlichen Zuschrift des Reichsstadtdirektors der Deutsche Reichstag in seiner Sitzung vom 26. Juni beschlossen, die Petition des Verkehrsverbandes der Südpfalz auf beschleunigte Errichtung einer festen Rheinbrücke bei Maxau der Reichsregierung zur Berücksichtigung überwiesen. Der Verkehrsverband der Südpfalz sieht der Maxauer Rheinbrückenbau nunmehr als endgültig gesichert an.

## Die Karlsruher Ausstellung der Schnitzerei- und Uhrmacherschule

Die in den Monaten Mai und Juni in der Landesgewerbehalle zu Karlsruhe ausgestellten Arbeiten der höheren staatlichen Fachschulen in Karlsruhe, der Uhrmacherschule und der Schnitzerschule, fanden sehr großes und vielseitiges Interesse. Der Besuch dieser außerordentlich schönen und umfangreichen Ausstellung war ein überaus lebhafter, sowohl von Karlsruhe selbst als auch von der näheren und weiteren Umgebung. Nach einstimmigem Urteil der Fachleute sind die Arbeiten der beiden Anstalten ganz hervorragend und musterhaft. Es hat allgemein überaus, daß in der verhältnismäßig kurzen Ausbildungszeit mit den Schülern beider Anstalten derartige Leistungen, wie sie hier gezeigt wurden, erzielt werden können. Es ist dies aber nur möglich durch einen systematischen Aufbau des Lehrgangs, dem langjährige Erfahrungen in enger Fühlungnahme mit Industrie und Handwerk zugrunde liegen. Jedes einzelne Stück der Ausstellung zeigte den Besuchern, daß sowohl die Uhrmacherschule als auch die Schnitzerschule auf der Höhe ihrer Aufgaben stehen und in jeder Hinsicht mit der Zeit gehen. Die beiden Schulen erfüllen nicht nur einen kulturellen, sondern auch einen hohen wirtschaftlichen Zweck, denn nur durch Höchstleistungen auf diesem Gebiete ist ein Wiederaufstieg unseres gesamten Wirtschaftslbens möglich. Jungen Leuten, welche für die hier in Betracht kommenden Berufe Talent zeigen, kann der Besuch dieser Lehranstalten zu ihrer Ausbildung oder Weiterbildung wärmstens empfohlen werden.

## Badischer Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose

An Stelle des verstorbenen Präsidenten Jung wurde der Herr Präsident der Landesversicherungsanstalt Baden, Kauf, zum Vorsitzenden des Landesverbandes gewählt.

## Eine Jugendherberge für das besetzte Gebiet

In Anwesenheit des Reichsministers für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth, des Ministers des Innern, Dr. Kemmerer, Ministerialdirektor Prof. Dr. Straub, Oberregierungsrat Prof. Dr. Kraus, Bürgermeister Dr. Kraus, Kehl, zahlreicher Vertreter staatlicher und städtischer Behörden, Schulen, Gewerkschaften, Gewerkschaften und einer nach Hunderten zählenden Menge wurde Sonntag, vormittag das auf dem Eohlberg bei Albersheim neu errichtete Eohlbergshaus, die Jugendherberge für das besetzte Gebiet und Schulandheim der Stadt Kehl feierlich eingeweiht. Die Begrüßungs- und Dankansprache hielt Oberregierungsrat Prof. Dr. Straub, die Weiherede Ministerialdirektor Prof. Dr. Kraus. Außerdem sprachen noch Bürgermeister Dr. Kraus für die Stadt Kehl und das besetzte Gebiet, Vertreter der deutschen Gewerkschaften und der Schulen.

Reichsminister Dr. Wirth befaßte sich mit politischen Prozeduren der Zukunft und sprach die Hoffnung aus, daß auch das besetzte badische Gebiet baldmöglichst wieder frei sein möge. Anschließend wurde das Deutschlandlied gesungen.

## Finanzieller Abschluß des Badischen Bundesfängerfestes

Der endgültige Abschluß über das an den Pfingsttagen 1920 in Freiburg abgehaltene Badische Bundesfängerfest liegt noch nicht ganz fest. Es kann aber heute schon gesagt werden, daß der zu leitende Aufsicht aus der Bundeskasse bzw. aus dem Grundstock für Bundesfängerfeste niedriger sein wird, als im Voranschlag angenommen worden war. Waren einige wenige tausend Festteilnehmer mehr gekommen, und wären die Wiedererhebungen und Festzwecken und auch die für das große Publikum bestimmten Festzwecke besser abgedeckt worden, so wäre gar kein Zuschuß erforderlich geworden.

## Aus der Landeshauptstadt

Hohes Alter. Frau Marie Ganser, Witwe, die am 20. Juni ihr 95. Lebensjahr vollendete, wurde ein Glückwunschschreiben mit einer Ehrengabe der Stadt überreicht.

Schwerer Unfall beim Pferderennen. Bei dem gestrigen Pferderennen auf den Memmweiden bei Müppur ereigneten sich infolge des tiefen Bodens bei den Jagdrennen mehrere Stürze. Beim Preis von Gerrenald, einem Jagdrennen über 3000 Meter, stürzte der Jockey Kreter (Nadenburg) bei der Hürde vor der Tribüne so unglücklich, daß er bewußtlos vom Platze getragen werden mußte. Er hatte einen Schlüsselbeinbruch sowie starke Quetschungen im Gesicht erlitten und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Die neue Sommerverbindung. Mit dem 1. Juli tritt als eine außerordentliche Verbesserung zum erstenmal die neue Schnellzugverbindung von ganz Norddeutschland und dem Rheinland mit der badischen Schwarzwaldbahn und über sie mit dem Bodensee und der Schweiz in Richtung Zürich, St. Gallen und Chur ins Leben, die neben der günstigen Lage und Schnelligkeit auch darin ihren Vorzug hat, daß die Fahrt über die Schwarzwaldbahn zum Bodensee und in die Schweiz, sowie umgekehrt als volle Tagesfahrt ausgeführt wird. Durch die neuen Schwarzwaldbahnzüge D 154/155, Offenburg ab 13.59, Freiburg an 15.16, Konstanz an 17.58, und umgekehrt Konstanz ab 12.15, L. Berg ab 15.03, Offenburg an 16.00 wird in die alten Hambrüger Stammzüge D 75/76, die über die Rheinbahn nach und von Basel laufen, in Offenburg der unmittelbare Übergang hergestellt mit direktem Anschluß mit nur 11 bzw. 12 Minuten Aufenthalt. Durch diese Züge werden hervorragende gute Schnellverbindungen von Köln, Hamburg, Bremen und Berlin nach dem deutschen Südwesten und umgekehrt hergestellt.

## Rehabilitation der neuen katholischen Pfarrkirche St. Elisabeth

Am Sonntagvormittag wurde unter großer Beteiligung der neugebildeten katholischen Südpfalzgemeinde und im Anwesenheit von Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden die katholische St. Elisabeth durch Prälat Dr. Stumpf in feierlicher Weise benediziert. In großem Ornat zog die Geistlichkeit der verschiedenen Pfarreien der Stadt Karlsruhe von der nahegelegenen Eubendstraße zur Kirche, begleitet von vielen, weitgeschleierten Mädchen. An der Kirchenfronte übergab der Erbauer der Kirche, Professor Graf, Karlsruhe, diese ihrer Bestimmung. In die übergebene Kirche schloß sich die feierliche Heiligung der Kirche und ein Pontifikalamt.

Die zur Ausführung der neuen Kirche zur Verfügung stehenden Mittel waren so knapp gehalten, daß für den Bau eine sparsame Ausführungsweise gewählt werden mußte. Der Umstand, daß das Bauwerk in absehbarer Zeit vollständig von Säulern umgeben sein wird, entlohnt den Planfertiger von der Pflicht, auf die äußere Gestaltung Wert zu legen. So hat man auf jede architektonische Gestaltung verzichtet und im Innern auch nur die reinen Konstruktionsformen sprechen lassen. Es war selbstverständlich, daß bei diesem Verzicht der Farbe eine weiter gehende Rolle zugesprochen wurde, wie das bisher bei den Kirchen üblich war. Die seit gestellten Farben und die Beleuchtungseffekte verleihen denn auch dem Gotteshaus eine warme, die Andacht fördernde Stimmung. Das Rahmenwerk der Altarwand wurde der Kostenersparnis halber in Stud direkt auf die Wände aufgesetzt. Ihr Schmuck ist bei dem Hochaltar in plastischer Weise angenommen und zum Teil von dem kirchlich abgestützten Freiburger Bildhauer Ludwig Kubanek ausgeführt. Auch die Nebenaltäre sollen plastischen Schmuck erhalten. Die elektrische Beleuchtung ist so gehalten, daß sie für den Eintretenden unsichtbar bleibt.

Die Kosten für den in Eisenbeton ausgeführten Hallenbau, einen Zweckbau, weil die Anlage später einem Gemeindegarten dienen soll, stellten sich ohne Nachkosten auf insgesamt 200 000 M. Ende Juni 1920 wurde der erste Spatenstich vorgenommen. Am 1. Oktober war der Rohbau fertig. Die Innenarbeiten mußten infolge der grimmigen Kälte fast ein ganzes Vierteljahr ausgelegt werden, so daß die reine Bauzeit circa acht Monate betragen hat.

## Badisches Landestheater. Für Dienstag, den 2. Juli, ist die letzte Probe in der Oper der zu Ende gehenden Spielzeit vorgesehen, und das theaterliebende Publikum wird dabei etwas Besonderes vorgeboten bekommen durch die Erstaufführung der schmissigen Operette des Altmeisters Johann Strauß „1001 Nacht“, die unter der musikalischen Leitung des Generalmusikdirektors und der sigenischen des Intendanten gegeben wird. Das schöne Werk wird uns mit einer Fülle der Weltoperenliteratur bekanntmachen, die unergängliche musikalische Werte aufweist, und deren einzelne Nummern die gleiche mitreißende Wirkung ausüben, wie wir sie etwa von der „Fledermaus“ kennen. Insbesondere die Singspiele sind zündend. In den Hauptpartien wirken Weiting, Schneider, Kaufmänn, Kuntwig, Böser mit. Die Bühnenbilder sind von Lorsten Hecht, die Kostüme von Margarete Schellenberg, die umfangreichen Tänze hat Harald Josef Fürttenau „ubiert.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Von der Wistana ist ein kleines Tiefdruckgebiet ziemlich rasch auf das Festland übergetreten und liegt heute über Norddeutschland. Unter seiner Einwirkung hatten wir bereits gestern mäßiges Wetter mit zeitweisen, besonders im Süden ergiebigen Gewitterregen. Auf der Nordseite des Tiefs löst über der Nordsee Kaltluft nach Süden vor. Der nach heute bei uns zu erwartende Einbruch wird wiederum von Gewitterregen begleitet sein. Ein Zwischenhoch, das von Westen nachdrückt, stellt vorübergehend heiteres Wetter bei abflauenden Winden in Aussicht. Wetterausichten für Dienstag: Etwas kühler, auflockernd, bei abflauenden Winden.

## Kurze Nachrichten aus Baden

M. Durlach, 1. Juli. Am 1. Juli kann das „Durlacher Tageblatt“ auf ein 100jähriges Bestehen zurückblicken. Von dem Großvater des heutigen Besitzers, dem Buchdrucker Ludwig Mattheis Dups, einem geborenen Karlsruher, der sich im Jahre 1827 in Durlach niedergelassen hatte, wurde im Jahre 1829 eine Zeitung herausgegeben, die in der damals etwa 4000 Einwohner zählenden Stadt lebhaften Anklang fand. Die Zeitung führte damals den Titel „Durlacher Wochenblatt“. Anfangs erschien die Zeitung nur einmal in der Woche, von 1870 an dreimal und vom 1. Oktober 1897 täglich. Seit 1920 wurde der Untertitel „Tageblatt zum Haupttitel genommen. 1850 übernahm der Vater des jetzigen Besitzers das Geschäft, und im Jahre 1899 ging es auf den Sohn, den heutigen Besitzer, Adolf Dups, über. Diese kurze chronologische Darstellung zeigt, wie sich das „Durlacher Tageblatt“ aus kleinen Anfängen zu seiner heutigen Bedeutung als Tageszeitung entwickelt hat. Möge ihm auch im zweiten Jahreshundert eine gleich günstige und schöne Weiterentwicklung vergönnt sein.

D. J. Freiburg i. Br., 1. Juli. Einer der bekanntesten badischen Besitztümer, einer der Führer auf dem Gebiete der gesamten Tierzucht, insbesondere der Pferdezucht und der Vorderwälder Großviehzucht, Veterinärarzt Dr. Schumacher, konnte am Samstag seinen 70. Geburtstag feiern. Schumacher wurde in Offenburg geboren. Das Staatsexamen legte er 1884 ab, 1886 kam er als Tierarzt nach Salem, aber schon im gleichen Jahre erfolgte seine Ernennung zum Besitzertierarzt in Säckingen. 1890 kam er in gleicher Eigenschaft nach Wehrheim, seit 1893 wirkt Veterinärarzt Dr. Schumacher zum Segen der oberbadischen Landwirtschaft in Freiburg. Es gibt kaum im badischen Land eine Persönlichkeit, die sich so große Verdienste um die Förderung der Viehzucht erworben hat, wie Schumacher.

## Gemeinderundschau

Der Heidelberger Strassenbahntarif. Der Stadtrat Heidelberg stimmte der vom Aufsichtsrat der Strassenbahn vorgeschlagenen Änderung des Strassenbahntarifs ab 1. Juli 1920 zu, weil nur auf diesem Wege die Mittel für die Altersversorgung der Arbeiter und Angestellten und für den weiteren Ausbau des Unternehmens gewonnen werden können. Künftig kosten 1-3 Teilstrecken 25 Pf., 4-6 40 Pf., 7-9 60 Pf. und 10-12 80 Pf. Der Preis für Nachfahrtshefte beträgt 1,50 Reichsmark, 3 M. und 4,50 M. Wochen- und Monatskarten werden nicht erhöht.

Schwefelger Spargelbilanz. Der diesjährige Spargelmarkt begann am 1. Mai und wurde am 22. Juni geschlossen. (Vorjahr 24. April bis 25. Juni.) Die Anfuhr betrug 1859 Ztr. Spargel, gegenüber 1159 Ztr. im Vorjahr, mithin ein Mehr von 600 Ztr. Der Erlös für erste Sorte betrug pro Pfd.: von 40 bis 120 Pf., der häufigste Preis lag zwischen 50 und 70 Reichspfennig. Durchschnittspreis für erste Sorte 62 Pf., gegenüber 78 Pf. im Vorjahr. Der höchste Preis für 1. Sortierung betrug 1,20 M., der niedrigste Preis 40 Pf.

Ein zweites Fährschiff für Konstanz. Der Stadtrat Konstanz genehmigte nunmehr die Anschaffung eines zweiten Fährschiffes vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses.

## Schweres Flugbootunglück auf dem Bodensee

Das Flugzeug D 1620, eine neue Maschine, die erst vor kurzem in den Dienst des Bodensee-Verkehrs gestellt worden war, wollte am Samstagabend nach einem Fluge mit fünf Passagieren, dem Flugleiter und dem Piloten auf dem Bodensee niedergehen, als es sich nur wenige Meter über dem Wasser nach einem scharfen Knall, wahrscheinlich infolge einer Explosion, überschlug und dann nach wenigen Minuten im See versank. Boote, die rasch zur Unglücksstelle eilten, konnten zwei Personen, den Apotheker Johann Kitzel aus Friedberg (Hessen) und den Kaufmann Hermann Wäster aus Barmen, schwer verletzt mit Hand- und Rippenbrüchen, bergen. Erst später konnte der Rumpf des Flugzeuges über die Oberfläche des Sees gehoben und aufgeschlagen werden. Die Leiche des Flugleiters des Bodenseeverkehrs in Lindau, Eduard Haas, des Oberbauers Haas aus Friedberg (Hessen) und der Frau Haas, die zwei Schwerverletzten wurden geborgen. Das Vorderende des Flugzeuges mit dem Motor liegt noch auf dem Grund des Sees. In ihm auch die Leiche des Piloten Jinsmeister. Das Unglück soll dadurch entstanden sein, daß der Pilot, der gegen Westen bei glatter See in der Nähe von Lindau nach einem Rundfluge landen wollte, von der Sonne stark geblendet wurde und sich dadurch beim Abfangen der Maschine unsicher fühlte. Das Flugzeug geriet mit dem Bug unter Wasser und überschlug sich, wobei das Vorderende des Bootes mit dem Piloten abriß und unterging. Dadurch konnte das Wasser so schnell in die Passagierkabine eindringen.

## Die Rettung des spanischen Ozeanflugzeuges

Das britische Flugzeugmuttergeschiff „Eagle“ hat das seit acht Tagen vermisste spanische Ozeanflugzeug in der Nähe der Azoren aufgefunden und an Bord genommen. Die Besatzung ist gesund und wohlbehalten. Die Besatzung des Flugzeuges besteht aus Major Franco, Kapitän Ruiz de Alba, Major Galaz und dem Mechaniker Madariga. Wie aus Gibraltar gemeldet wird, erfolgte die Rettung der „Numancia“ gerade zu der Zeit, als man sich entschlossen hatte, die weiteren Nachforschungen aufzugeben. Das verunglückte Flugzeug ist stark beschädigt.

## Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	1. Juli	29. Juni
Amsterdam 100 G.	168.34	168.68
Kopenhagen 100 Kr.	111.71	111.93
Italien 100 L.	21.95	21.99
London 1 Pf.	20.335	20.375
New York 1 D.	4.1935	4.2015
Paris 100 Fr.	16.395	16.405
Schwiz 100 Fr.	80.67	80.645
Wien 100 Schilling	58.96	59.08
Bras 100 Kr.	12.415	12.435

## Wichtige Veränderung in der chemischen Industrie Oberbadens

Die Chemischen Werke Grenzach, Aktiengesellschaft, hat ihr Kapital von 8 Mill. Reichsmark auf 3,5 Mill. Reichsmark erhöht und ihre Interessen mit denjenigen der F. Hoffmann-La Roche & Co., Aktiengesellschaft, Berlin, Chemische Fabrik, in der Weise vereinigt, daß die Aktionäre dieser Gesellschaft 500 000 M Aktien von Grenzach im Verhältnis 1:1 erhalten. Die fusionierte Gesellschaft verlegt ihren Sitz nach Berlin und ändert ihren Namen in F. Hoffmann-La Roche & Co., Aktiengesellschaft, Berlin, Chemische Fabrik.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft wird durch Zuwahl der Mitglieder der Berliner Gesellschaft erweitert. Außerdem wird Geh. Rat Prof. Dr. W. Straub, München, hinzugezogen, so daß der Aufsichtsrat folgendermaßen zusammengesetzt sein wird: Geh. Rat Straub als Vorsitzender, Direktor Willi Wolff, Freiburg, als Stellvert., Vorsitzender, Kommerzienrat Emil Garnier, Dr. h. c. Franz Ott, Rechtsanwalt Dr. R. Simon, Generaldirektor Dr. Emil Barrell und Dr. Robert Voeringer. Die Zusammenlegung ist offensichtlich zur Vereinfachung der beiden gleichartigen Organisationen erfolgt. Herstellung, Propagierung und Vertrieb der bekannten pharmazeutischen Präparate erfolgt auch in Zukunft in unveränderter Weise.

## Staatsanzeiger

Bekanntmachung.  
Die abgeforderte Gemarkung Hagenbach mit Erlaß vom 26. März 1920 Nr. 21 236 wurde die Vereinigung der abgeforderten Gemarkung Hagenbach mit der Gemeinde Degerfelden unter Aufhebung der gegenseitigen Gemarkungsgrenzen mit Wirkung vom 1. April 1920 angeordnet. Die Anordnung ist nunmehr rechtskräftig.  
Karlsruhe, den 26. Juni 1920.  
Der Minister des Innern.  
J. B. Höhrenbach.

Buchmacher.  
Dem Buchmacher Hans Gabler in Baden-Baden, Lichtentaler Straße 16, wurde gestattet, den Bürogehilfen Hans Höchemer bis zum 31. Dezember 1920 als Buchmachergehilfen zu beschäftigen.  
Karlsruhe, den 26. Juni 1920.  
Der Minister des Innern  
J. A. v. Babo.

Bekanntmachung.  
Regierungsbaumeisterprüfung im Hochbaujahr 1920.  
Die Regierungsbauführer Herbert Jensen aus Kiel und Paul Kurt Wittershausen aus Dillenburg haben sich der diesjährigen Staatsprüfung im Hochbaufach unterzogen und sind für bestanden erklärt und zu Regierungsbaumeistern ernannt worden.  
Karlsruhe, den 26. Juni 1920.  
Der Finanzminister  
Schmitt.

## Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten  
Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern  
Ernannt:  
Oberrechnungsrat Hermann Köhler beim Ministerium des Innern zum Ministerialoberrechnungsrat.  
Ministerialrechnungsrat Albert Kollritsch beim Ministerium des Innern zum Oberrechnungsrat.  
Ministerialregistrator Franz Jlich beim Ministerium des Innern zum Ministerialrechnungsrat.  
Zum Gendarmeriekommissar Gendarmerieoberwachmeister Jakob Rothburst in Lorrach.  
Versetzt:  
Verwaltungsobersekretär Josef Servatius beim Bezirksamt Bruchsal zu jenem in Mannheim.  
Verwaltungsassistent Franz Hornstein beim Oberverwaltungsamt Mannheim zum Bezirksamt Karlsruhe.

